



Florian Graf
Mitglied des
Abgeordnetenhauses
CDU-Fraktion

Politik für *Tempelhof*

Dez 08/Jan 09



Aus dem Wahlkreis

Endlich wieder Weihnachtsbeleuchtung am Tempelhofer Damm

Der Verein TeMa für Tempelhof und Mariendorf e. V. hat es geschafft. Nach über einem Jahrzehnt ohne weihnachtliche Illumination des TeDammes ist es TeMa gelungen gemeinsam mit Einzelhändlern, Filialisten, Anwohnern und Hausbesitzern eine Weihnachtsbeleuchtung für diese Einkaufsstraße zu organisieren.

Vom 29. November 2008 bis zum 06. Januar 2009 wird der Tempelhofer Damm von Alt-Tempelhof bis zum Tempelhofer Hafen endlich wieder in einem weihnachtlichen Licht erstrahlen. Von den notwendigen 10.000 Euro sammelte TeMa mit viel Einsatz und Mühe immerhin 8.000 Euro Spenden. Der Rest wird im Januar fällig. Deshalb beantragte der Verein TeMa e. V. bei der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) einen einmaligen Zuschuss zur Weihnachtsbeleuchtung am TeDamm in Höhe von 2.000 Euro aus Sondermitteln der BVV. Dies lehnten SPD und Grüne in der Hauptausschusssitzung am 3. Dezember 2008 jedoch ab. Auch einen Kompromissvorschlag über 1.000 Euro Zuschuss lehnte eine rot-grüne Mehrheit ab. Stattdessen verfallen zum Jahresende BVV-Sondermittel in Höhe von 3.255 Euro.

Der Tempelhofer CDU-Abgeordnete Florian Graf, der dem Verein TeMa seit seiner Gründung angehört, bedauerte die ablehnende Entscheidung von Rot-Grün in der BVV außerordentlich. „Bezirkspolitik soll das bürgerschaftliche Engagement vor Ort unterstützen und nicht die Pläne der Anwohner durchkreuzen. Es ist für die Bürger einfach nicht nachvollziehbar, dass der Bezirk dieses Geld verfallen lässt, obwohl es am TeDamm gebraucht wird.“



Sanierung der Arnulfstraße auf Kosten der Anwohner?

Die Arnulfstraße an der Grenze der ehemaligen Bezirke Schöneberg und Tempelhof befindet sich seit mehr als



einem Jahrzehnt in einem desolaten Zustand. Schlaglöcher und Spurrillen prägen die Arnulfstraße, auf der seit langem nur noch „Tempo 30“ erlaubt. Die geplante Sanierung ist vom Bezirksamt aus Kostengründen jahrelang aufgeschoben worden. Im nächsten Jahr soll die Straße endlich erneuert werden.

Seitdem das vom rot-roten Senat beschlossene Straßenausbaubeitragsgesetz in Kraft ist, können die Kosten für Straßenausbaumaßnahmen mit bis zu 70 Prozent auf die Anlieger umgelegt werden.

Da Bezirksstadtrat Schworck (SPD) bereits die Anwendung des Gesetzes für die Erneuerung der Arnulfstraße angedeutet hat, haben die CDU-Ortsverbände Alt-Tempelhof und Friedenau am 25. November eine Anwohnerversammlung durchgeführt, an der rund 70 Anwohner teilnahmen. Der Tempelhofer CDU-Abgeordnete Florian Graf erläuterte auf der Veranstaltung, dass die CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus ein Gesetz zur Abschaffung des Straßenausbaubeitragsgesetzes eingebracht habe, das gegenwärtig im Bauausschuss behandelt werde. Weiterhin erklärte Florian Graf: „Sollte die Arnulfstraße tatsächlich auf Kosten der Anwohner saniert werden, wäre dies ein weiteres Beispiel für die unsägliche Abzocke der Bürger durch Rot-Rot. Die CDU wird die Anwohner bei ihrem Widerstand unterstützen.“



Inzwischen hat Graf eine Kleine Anfrage beim Senat gestellt, um den Sachverhalt weiter aufzuklären. Wir werden weiter darüber berichten.

Stärkung des Parlaments bei Grundstücksgeschäften

Das Abgeordnetenhaus hat in seiner letzten Sitzung dieses Jahres eine umfassende Änderung der Landeshaushaltsordnung (LHO) beschlossen. Dabei ist es zu Neuregelungen bei Grundstücksgeschäften gekommen. In den vergangenen Monaten zuvor war bereits parteiübergreifend festgestellt worden, dass es bei Grundstücksgeschäften erhebliche Probleme in der Zusammenarbeit zwischen Senat und Abgeordnetenhaus gegeben hat. Prominente Beispiele waren der Umgang des Senats mit dem Parlament bei den Grundstücksgeschäften "Golfclub Wannsee" oder "Humboldthafen". Die Initiative hierfür ging allerdings nicht vom Senat aus, denn in der vom Senat eingebrachten LHO-Gesetzesnovelle waren keine Änderungen zu Grundstücksgeschäften enthalten. Stattdessen gab es zahlreiche Änderungsanträge der Parlamentsfraktionen von CDU, Grünen, SPD und Linkspartei zur Senatsvorlage, die im Hauptausschuss beraten und zusammengeführt wurden. Dabei wurden

auch zahlreiche Änderungsanträge der CDU-Fraktion angenommen. Im Ergebnis haben sich fast alle Fraktionen auf eine Neuregelung verständigt, die für mehr Transparenz bei Grundstücksgeschäften sorgt. Einerseits wurden die bisherigen Unschärfen bei der Beteiligung des Parlaments weitgehend beseitigt, andererseits die Wertgrenzen für zustimmungspflichtige Vermögensgeschäfte abgesenkt. Damit wurde auch eine wichtige Forderung der CDU erfüllt.

Leider konnten sich CDU und Grüne, die vor dem Hintergrund der gemachten Erfahrungen zusätzlich eine deutliche Verbesserung des Berichtswesens gegenüber dem Vermögensausschuss und ein Selbstbefassungsrecht des Parlaments bei Grundstücksgeschäften beantragt hatten, mit ihren weiter reichenden Vorschlägen nicht durchsetzen. Dennoch war die Beschlussfassung über die neue Landeshaushaltsordnung, mit der auch das sogenannte „Haushaltswartejahr“ vor Beförderungen im Öffentlichen Dienst abgeschafft wurde, gewissermaßen eine Stunde des Parlaments.

Berliner Zeitung, 06.12.2008

Aufklärung wird zu einer langen Geschichte

Untersuchungsausschuss Spreedreieck kritisiert

Für die Opposition von CDU, Grünen und FDP ist es ein „Affront“. Der Untersuchungsausschuss Spreedreieck wird erst vier Monate nach seiner Einsetzung am 11. September durch das Abgeordnetenhaus mit der Befragung der ersten Zeugen beginnen: am 9. Januar soll der frühere Finanzsenator Peter Kurth (CDU) Antworten zu dem umstrittenen Grundstücksgeschäft am Bahnhof Friedrichstraße

geben. Ein Vorschlag der Opposition, die erste Befragung noch in diesem Jahr anzuberaumen, fand bei der vierten Sitzung des Untersuchungsausschusses am Freitag keine Mehrheit. Die Koalition von SPD und Linken lehnte den Vorschlag ab. „Destruktiv“ sei dies, kritisierte der Grünen-Abgeordnete Jochen Esser. Nun werde der Ausschuss wahrscheinlich mehr Zeit benötigen, um die Grundstücksgeschäfte aufzuklären. Der CDU-Abgeordnete Florian Graf sagte, mit der Zeugenvernehmung hätte der Ausschuss sogar schon an diesem Freitag beginnen können. Gerade mal eine Stunde und 22 Minuten tagte das Gremium an diesem Tag und befasste sich dabei mit der Vorgeschichte des Grundstücksgeschäfts. Um Rückübertragungsansprüche auf das Deutsche Theater abzu-

wahren und den dortigen Spielbetrieb zu sichern, hatte das Land Berlin im Jahr 2000 ein Grundstück vor dem Bahnhof Friedrichstraße an einen Hamburger Investor verkauft. Ein Jahr später, im Jahr 2001, wurde ein Teil der Flächen der Deutschen Bahn zugeordnet. Das Land Berlin hatte damit eine Fläche verkauft, die ihm gar nicht gehörte. Eine Reihe von Entschädigungszahlungen an mehrere Beteiligte waren die Folge. Während der Grünen-Abgeordnete Esser den finanziellen Schaden auf mindestens 24 Millionen Euro bezifferte, sprach der Ausschussvorsitzende Andreas Köhler (SPD) von einem „vorteilhaften Geschäft“ für das Land Berlin, weil das Theater gesichert worden sei. (ulp.)



Florian Graf und sein Team wünschen Ihnen und Ihrer Familie ein friedliches Weihnachtsfest sowie ein gesundes, glückliches und erfolgreiches neues Jahr 2009!

Bei Fragen und Anregungen erreichen Sie Florian Graf und sein Team so:

Florian Graf

Stellv. Vorsitzender des Hauptausschusses
Preußischer Landtag, 10111 Berlin
Tel.: 23 25 21 15; Fax: 23 25 27 25
graf@cdu-fraktion.berlin.de

Zuständig für Wahlkreisangelegenheiten:

Daniel Dittmar (Daniel-Dittmar@gmx.de)

Zuständig für Parlamentsangelegenheiten:

Christian Wesemann (ChristianWesemann@web.de)

Bürgersprechstunde

27.01.2009, 17.30 h – 19.00 h

Restaurant „La Sirena“, AttilasträÙe 1,
12105 Berlin,

mit dem Abgeordneten **Florian Graf**.

Hier haben Sie die Gelegenheit Ihrem Abgeordneten die Meinung zu sagen, Probleme vorzubringen oder einfach ins politische Gespräch zu kommen.